

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.12.2021

Inhalt

EWN

1 Raps und Grundöl: Hafen Lubmin ist gut im Geschäft <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 09.12.2021</i>	3
2 Testpflicht-Ende nach Booster? Wirtschaft kritisiert Zögern <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 09.12.2021</i>	4
3 Rund die Hälfte für Kernkraft <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.12.2021</i>	5
4 Image der Kernkraft besser als gedacht <i>Energie & Management powernews, 08.12.2021</i>	6
5 Nichts ist ausgeschlossen: Atommüll-Endlager in Bad Bramstedt? <i>Kieler Nachrichten (Online), 08.12.2021</i>	7
6 Gemeinde Amt Neuhaus ist wieder Kandidat <i>Schweriner Volkszeitung - Hagenower Kreisblatt, 09.12.2021</i>	9
7 Zum AKW-Rückbau gehört auch die Entsorgung des Atommülls <i>AWP-Basisdienst, 08.12.2021</i>	10
8 Bilfinger arbeitet beim Rückbau von Kernkraftwerken mit Cyclife zusammen <i>recyclingportal.eu, 08.12.2021</i>	11

WIRTSCHAFT

Raps und Grundöl: Hafen Lubmin ist gut im Geschäft

Umschlagsgüter sorgten für ein solides Gesamtergebnis/ Betreiber will mit Land über die Kosten für die Fahrrinne reden

Der Industriehafen Lubmin wird seine gesteckten Ziele zum Jahresende 2021 erreichen und das Jahr mit einem gut ausgeglichenen Haushalt abschließen. Das erklärte Hafenchef Axel Vogt, der zugleich seit 2009 Lubminer Bürgermeister ist. Das gute Geschäftsergebnis sei vor allem auf die Umschlagsgüter Raps und Rapsschrot für die Viterra Lubmin GmbH und die Anlandung von Grundöl per Tankschiff für das Unternehmen Deutsche Ölwerke Lubmin GmbH zurückzuführen.

In beiden Segmenten habe sich der Umschlag mit zusammen 65 200 Tonnen verstetigt. Daneben gab es Umschlag für andere Unternehmen, zum Beispiel Liebherr und die Krebs-Gruppe, die ebenfalls mit Betriebsteilen in Lubmin vertreten sind. Ein weiteres langjähriges Geschäftsfeld sind neben dem Güterumschlag und der dauerhaften Verpachtung von Land- und Wasserflächen an andere Dienstleister auch die verschiedenen Offshore-Energieprojekte in der Ostsee, wie die beiden Nord-Stream-Projekte und die Windstromprojekte Ostwind 1 und 2. In den kommenden Jahren sollen vor allem gemeinsam mit dem Logistikpartner, der Brunsbüttel Ports GmbH (Schramm group) die bestehenden guten Geschäftsbeziehungen am Industriestandort Lubminer Heide ausgebaut werden. „Daneben wollen wir unser Netzwerk auf ande-

re Ostseeanrainerstaaten mit ihren Häfen ausdehnen“, so Vogt.

Eigentümer des kommunalen Industriehafens Lubmin sind die Gemeinden Kröslin, Lubmin und Rubenow, zusammengeschlossen in einem Zweckverband, dem auch die Betreuung und Entwicklung des gültigen Bauungsplanes obliegt. „Kritikpunkt ist allerdings die Tatsache, dass unser Zweckverband allein für alle Kosten im Zusammenhang mit der Unterhaltung der SOLLtiefe des Fahrwassers auf einer Länge von ca. 2,8 Kilometer aufkommen muss und wir dafür im Gegensatz zu anderen Häfen im Land bisher keine Landes- oder Bundesunterstützung für Ausbaggerungen erhalten haben. Der Unterhaltungsbedarf ist aufgrund der Wetter- und Strömungsverhältnisse im Greifswalder Bodden nicht unerheblich und immer wiederkehrend“, so Vogt weiter. Das beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit. „Auf der anderen Seite ist der Hafen ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedelung und Erweiterung von Betrieben. Die seit etwa 2009 erreichte und wachsende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Industrie- und Gewerbegebietes dürfte auch in Schwerin bekannt sein. Hier wünschen wir uns Gespräche mit der Landesregierung, um Lösungen zu finden.“

Testpflicht-Ende nach Booster? Wirtschaft kritisiert Zögern

Schwerin. Mittlerweile wird der von Niedersachsen eingeschlagene Weg, geboosterte Bürger nicht mehr mit einer Testpflicht zu belegen, deutschlandweit diskutiert. Neben Niedersachsen, wo die Erleichterung bereits seit Samstag gilt, prüfen auch Rheinland-Pfalz und Bayern die Einführung.

In Mecklenburg-Vorpommern allerdings will man sich noch zurückhalten. Nach Aussage von MV-Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) favorisiere der Nordosten eine bundeseinheitliche Regelung. „Das ist eine sehr komplexe Frage, ob wir diese Regelung auch übernehmen“, sagte Drese auf Nordkurier-Nachfrage. Man sei dazu mit dem neuen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im Gespräch.

Das Zögern stößt in der Wirtschaft aber auf Unverständnis. „Wir bedauern es außerordentlich, dass die Landesregierung sich nicht dazu durchringen konnte, Geboosterte von der Testpflicht auszunehmen. Gerade im Gastrobereich erhoffen wir uns durch die Anerkennung eine gewisse Entspannung. Viele ältere Menschen sind bereits geboostert. Und der Besuch eines Lokals oder auch nur eines Bäckerei-Cafés wäre eine enorme Erleichterung. 2G-plus hält viele ab und wirkt wie ein Lockdown“, kritisiert Sven Müller, Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände in MV. Solange es weder genügend Tests noch Testzentren im Land gäbe, sei die Schwesig-Regierung gefordert, jede mögliche pragmatische Erleichterung für die Bevölkerung und die betroffenen Branchen in Erwägung zu ziehen, machte Müller deutlich.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.12.2021 | S. 4

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

UMFRAGE

Rund die Hälfte für Kernkraft

Etwa jeder zweite Deutsche steht der Atomkraft nicht komplett ablehnend gegenüber. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov gaben 22 Prozent der Befragten an, dass Kernenergie bei den Bemühungen um eine kohlenstoffar-

me Stromproduktion in Deutschland wichtig sei und erneuerbaren Energiequellen wie Solar- und Windenergie gleichgestellt sein sollte. Für 31 Prozent sollte Atomkraft bei der Energiewende zumindest eine kleine Rolle spielen.

Image der Kernkraft besser als gedacht

Der Atomenergie steht jeder zweite Deutsche grundsätzlich offen gegenüber. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "YouGov".

Der Atomausstieg in Deutschland bis Ende kommenden Jahres ist beschlossene Sache. Jedoch scheinen die Deutschen mit dieser Art der Energieerzeugung noch nicht so ganz abgeschlossen zu haben. So attestiert jeder Fünfte (22 %) der Kernenergie eine große Rolle bei den Bemühungen, die Stromerzeugung in Deutschland kohlenstoffarm zu gestalten. Dies ist eines der Ergebnisse einer Online-Umfrage, die das britische Markt- und Meinungsforschungsinstitut Yougov in sieben europäischen Ländern durchgeführt hat. Eigener Aussage nach wurden die Ergebnisse gewichtet und gelten als repräsentativ.

Wie aus der Umfrage hervorgeht, ist ein Drittel der Deutschen gegenüber der Kernkraft grundsätzlich aufgeschlossen und vertritt die Ansicht, dass diese in der Energiewende zumindest eine kleine Rolle spielen sollte. Anders ausgedrückt: 31 % bejahen die Nutzung der Atomenergie, wollen den Fokus aber dennoch auf der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen sehen. Ein generelles Nein zur Atomkraft äußern laut Yougov 28 % der Deutschen.

Mit diesen Werten sind die Deutschen im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn noch eher skeptisch eingestellt, wie die Ergebnisse der Erhebung zeigen. Während auch in Dänemark nur jeder Fünfte (21 %) findet, dass Atomenergie im eigenen Land eine große Rolle bei der Energiewende spielen sollte, sind dieser Meinung in Spanien 40 %, in Schweden 43 % und in Frankreich gar 45 % der jeweiligen Befragten. Generell stehen, wenig überraschend, die Franzosen der Kernenergie am aufgeschlossensten gegenüber: Drei Viertel der Befragten zeigten sich dort mit deren Einsatz grundsätzlich einverstanden.

Nur knapp jeder Zehnte in Frankreich (9 %) und Schweden (12 %) findet, dass die Energiegewinnung aus Uran gar keine Rolle im Energiemix des jeweils

eigenen Landes spielen sollte. In Italien und Großbritannien wollen drei von zehn Befragten die Kernenergie den erneuerbaren Energiequellen gleichgestellt sehen. Die Ablehnung von Atomenergie ist in Italien mit 28 % jedoch mehr als doppelt so hoch wie in Großbritannien (12 %).

Erneuerbare Energieerzeugung mit oder ohne Atomkraft?

Die italienischen Nachbarn sind am zuversichtlichsten mit den Erneuerbaren: 52 % bejahen die Aussage "Mein Land wäre in der Lage, seinen Energiebedarf ausschließlich mit erneuerbaren Energiequellen zu decken, und bräuchte keine Kernenergie". 49 % der Spanier und 48 % der Dänen beantworteten diese Meinung ebenfalls mit "ja". In Deutschland sind nur 34 % dieser Ansicht.

In Schweden sind sich demgegenüber 62 % sicher, dass ihr Land neben Solar- und Windenergie auf die Atomenergie angewiesen ist. Auch in Großbritannien (54 %) und in Frankreich (53 %) ist man dieser Ansicht. In Deutschland sprechen sich 48 % für diese Meinung aus.

Ein klimafreundliches Image hat die Kernenergie laut der Umfrage insbesondere in Schweden und Dänemark: Jeweils rund drei von fünf Befragten in den beiden Ländern geben an, dass Atomenergie keinen beziehungsweise nur einen geringen CO₂-Ausstoß verursacht. Rund die Hälfte der Befragte teilt diese Meinung jeweils in Deutschland (50 %), Großbritannien (53 %) und Frankreich (48 %). An der Yougov-Umfrage nahmen zwischen dem 10. und 22. November in Deutschland 2.076 Menschen teil. Außerdem wurden 1.712 Personen in Großbritannien und jeweils über 1.000 Personen in Frankreich, Dänemark, Schweden, Spanien und Italien befragt.



📰 Kieler Nachrichten (Online) | 08.12.2021

👤 Sylvana Lublow

🔗 WEBLINK

Nichts ist ausgeschlossen: Atommüll-Endlager in Bad Bramstedt?

Ist Kernkraft wirklich klimafreundlich? Keineswegs, sagt Arne Hansen, Vorsitzender des Umweltausschusses im Kreis Segeberg. Das größte Problem: Die Endlagerung der hoch radioaktiven Abfälle. Welche Regionen im Kreis für so ein Lager in Frage kommen, erfuhr der Ausschuss jüngst von Experten. Bad Segeberg ist vom Tisch – der Salzstock Bad Bramstedt bleibt allerdings eine Option.

Bad Bramstedt. „Das ist gruselig“, sagt Arne Hansen. Kreistagsmitglied der Grünen und Vorsitzender des Umweltausschusses im Kreis Segeberg: „Atommüll strahlt Millionen Jahre. Das Problem wurde immer verdrängt.“ Besonders beunruhigend sei es, dass dieses Problem nun auch den Kreis Segeberg betreffen könnte. Denn bei der Suche nach passenden, also sicheren Endlagern, spielen auch Teile des Kreises eine Rolle. Unter anderem Bad Bramstedt und Umgebung.

Zwei Vorträge hörten sich die Ausschussmitglieder an; den einen hielt Steffen Kanitz, Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), den anderen Sabine Rosenbaum von der Abteilung Geologie und Boden im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR). In beiden Vorträgen wurde erklärt, wie die Suche für die 1800 Castoren (Behälter zur Lagerung und zum Transport radioaktiven Materials) verläuft und welche Voraussetzungen der Boden und die Fläche für eine Endlagerung haben müssen, wie beschaffen, wie groß, wie tief und wie weit. „Das Wo, also was oben drüber liegt, das interessiert die Geologen nicht“, sagt Hansen.

Salz und Ton sind besonders gut geeignet

Die gute Nachricht: Die Kreisstadt Bad Segeberg ist vermutlich aus dem Rennen. Der Salzstock, der unter der Stadt liegt, sei nicht tief genug, erläuterten die Experten. Doch gerade Steinsalz sei eine gute Lösung für die Endlagerung. Und Ton. „Härtere Gesteine kommen nicht in Frage“, hat Hansen aus den Vorträgen gelernt. Passendes Steinsalz in ausreichender Tiefe gibt es aber in, beziehungsweise unter Bad Bramstedt.

Der Salzstock, der unter der Stadt beginnt und sich

bis zur Nordsee zieht, sei noch im Rennen, da hier die Mindestanforderungen erfüllt werden, erklärte Sabine Rosenbaum. Die BGE bewertet das Gebiet jedenfalls in acht von elf Kriterien als „günstig“. Dass aber nun ausgerechnet direkt unter Bad Bramstedt ein Endlager entstehen wird, davon sei wohl nicht auszugehen – auch wenn der Salzstock nach der Stadt benannt ist. Die besondere Herausforderung sei es, so Rosenbaum, ein Lager zu finden, das eine Million Jahre hält. Denn so lange gehe man von einer Strahlung des Mülls aus. „Eine Million Jahre ist für Geologen aber nicht viel. Der Salzstock Bad Bramstedt ist zum Beispiel 250 Millionen Jahre alt“, informiert Rosenbaum.

Grünen-Sprecher sieht keine Gefahr für die Stadt

In Schleswig-Holstein kommen 15 Teilgebiete in 15 Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Suche in Frage. Das sind insgesamt 17670 Quadratkilometer. In drei Teilgebieten befindet sich Tongestein, in vier Steinsalz in flacher Lagerung und in acht Steinsalz in steiler Lagerung. Salz und Ton seien besonders gut geeignet, den radioaktiven Müll zu lagern, da die Gesteine stark wasserundurchlässig sind, erklärt Geologin Sabine Rosenbaum. Und: In Salzstöcken werde weniger Platz benötigt als in Ton, da Ton temperaturempfindlicher ist. „Da brauchen die Behälter, die ja Wärme ausstrahlen, mehr Raum“, sagt Rosenbaum. Im Salzstock wird demnach eine fünf Quadratkilometer große Fläche gesucht, im Ton die doppelte Fläche.

Suche soll in zehn Jahren beendet sein

Gesucht wird außerdem in 300 bis 1500 Metern Tiefe. „300 Meter sind eigentlich zu wenig. Es wird ja ein Lager gesucht, das eine Million Jahre sicher ist. Da rechnet man mit zehn Eiszeiten. Und da werden 300 Meter Boden abgehobelt sein“, sagt Gilbert

Sieckmann-Joucken, Fraktionssprecher der Grünen in Bad Bramstedt. „Die Gefahr, dass Bad Bramstedt selbst ein Endlager bekommt, ist nicht gegeben“, meint er: „Und wenn es so wäre, müssten wir es akzeptieren“, so der Grüne Sprecher.

Allerdings habe die Suche gerade erst begonnen, so Rosenbaum. Man rechne damit, dass in zehn Jahren ein endgültiges Lager gefunden sein wird. Länger sollte es laut Rosenbaum nicht dauern: „Wir wollen ja nicht ewig ein Zwischenlager haben.“ Bad Bramstedt befinde sich derweil in „guter Gesellschaft“: Insgesamt sind 54 Prozent der Teilflächen in ganz Deutschland noch nicht als Endmülllager ausgeschlossen worden – in Schleswig-Holstein sogar 70 Prozent.

Salzsole hatte in Bad Bramstedt lange Tradition

Ursprünglich brachte das Salz der Stadt Bad Bramstedt den Heilbad-Titel ein – und nicht das Moor, wie viele glauben. Mit „Toter als das tote Meer“ titelte die Zeitung damals über die Solebäder in der Kurstadt. Daran erinnert sich Hobby-Historiker Jan-Uwe Schadendorf noch. Denn tatsächlich hatte Bad Bramstedt – vor allem die Rheumaklinik – von dem unterirdischen Salzstock viele Jahre lang profitiert. „1976/77 wurde eine Quelle im Salzstock aufgebohrt. In 54 Metern Tiefe stieß man auf 23-prozentige Sole“, berichtet Schadendorf. Sole ist stark salzhaltiges Wasser. Die 23

Prozent Salzanteil in der Bramstedter Sole sind extrem hoch. Normal sind Werte zwischen 1,5 und 6 Prozent.

Der Bohrbrunnen liegt übrigens direkt vor dem Hauptingang des Rinderschlachthofs Vion im Gewerbegebiet. Von dort aus wurde die Sole über ein heute noch bestehendes Leitungssystem in den Kurpark transportiert. Dort konnten Kurgäste, beziehungsweise Rheumapatienten, dann im mittlerweile abgerissenen „Haus am Teich“ und direkt in der Klink Solebäder nehmen. Die Sole-Förderung stoppte dann etwa 2010, weil einerseits die Technik in die Jahre gekommen war – und andere medizinische Maßnahmen die Salzbäder verdrängten.

„Es war damals mal im Gespräch, dass die Stadt das Haus am Teich als Hallenbad übernimmt“, erinnert sich Schadendorf. Doch dafür hätte viel in die veraltete Technik investiert werden müssen. „Aber zwischen 2000 und 2010 hatte der städtische Haushalt schon genug Probleme“, sagt Schadendorf. Und so wurde der Sole-Brunnen still gelegt. Vor zwei Jahren hatten die Stadtverordneten allerdings einen Prüfantrag der Leitungssysteme beschlossen, um den Heilbad-Titel doch noch behalten zu können. Doch geprüft wurde bis heute nichts. „Vielleicht wäre das eine schöne Idee. Die Roland Oase würde sich über ein Sole-Bad sicherlich freuen“, sagt Schadendorf.



Mögliche Lagerstätten von Atommüll: Der Salzstock Bad Bramstedt ist eine Option.

 Schweriner Volkszeitung - Hagenower Kreisblatt | 09.12.2021 | S. 10-SHA SEITE 10

 Auflage: 8.962 | Reichweite: 22.652

 Sascha Nitsche

Gemeinde Amt Neuhaus ist wieder Kandidat

Bei der Suche nach geeigneten Gebieten für ein Atommüllendlager sind zuständiger Bundesgesellschaft Fehler unterlaufen

Überraschende Wende bei der Suche nach Atommüll-Endlagern in der Gemeinde Amt Neuhaus: Während die Menschen hier noch vor gut einem Jahr davon ausgingen, dass ihre Heimat als Standort für solch ein Endlager nicht infrage kommt, kann nun doch genau dieser Fall eintreten. Denn der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sind beim so genannten „Zwischenbericht Teilgebiete“ zu möglichen Gebieten Fehler unterlaufen, wie Lisa Seidel, Abteilungsleiterin Vorhabensmanagement im Bereich Standortauswahl der BGE, in einem Youtube-Video hierzu erklärt.

Im Zwischenbericht, der im September 2020 präsentiert wurde, waren auf 54 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland 90 mögliche Gebiete herausgearbeitet worden. Keins davon befindet sich in der Gemeinde Amt Neuhaus. Entsprechend war die Region rechts der Elbe auf der interaktiven Karte der Bundesgesellschaft gänzlich in Weiß dargestellt - im Gegensatz zu den potenziellen Standorten. „Wir müssen auch mal Glück haben“, kommentierte Bürgermeister Andreas Gehrke das Ergebnis des Berichts seinerzeit. Aber jetzt stellt sich heraus, dass die Gemeinde dennoch im weiteren Verlauf der Endlagersuche berücksichtigt werden muss. Auf den Zwischenbericht folgte nämlich im Jahr 2021 die sogenannte „Fachkonferenz Teilgebiete“.

Sie tagte an drei Terminen - im Februar, Juni und August, um den Bericht zu erörtern. Wie die Bundesgesellschaft auf ihrer Internetseite unter www.bge.de näher beschreibt. Auf diesen Tagungen ist es zu neuen Erkenntnissen gekommen. „Das Gebiet der Gemeinde ist jetzt nicht mehr ganz so weiß“, erklärt auch Dagmar Dehmer ein Ergebnis dessen. Sie ist bei der BGE für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und fügt grob an, dass die bisherige „vornehme Blässe“ der Gemeinde Amt Neuhaus auf die Historie der Region zurückzuführen ist. Die Gemeinde lag ursprünglich auf dem Gebiet

der ehemaligen DDR, hat sich nach der Wende aufgrund geschichtlicher Hintergründe im Jahr 1993 aber an den niedersächsischen Landkreis Lüneburg angeschlossen.

Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. „Die Datenbasis, die wir zur Ausweisung der Teilgebiete im Zwischenbericht Teilgebiete verwendet haben, ist für Niedersachsen das 3D-Modell des Landes, der geotektonische Atlas 3D“, erklärt Dagmar Dehmer. Diese Datenerfassung liege allerdings vor der Rückgliederung der Gemeinde Amt Neuhaus nach Niedersachsen. „Für Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns vor allem auf die Datenlieferungen aus Mecklenburg-Vorpommern gestützt“, fährt Dagmar Dehmer fort. Das rund 240 Quadratkilometer große Gebiet der Gemeinde wurde hier jedoch nicht beachtet, weil von den bei der Bundesgesellschaft zuständigen Mitarbeitern nur davon ausgegangen wurde, dass der Flecken rechts der Elbe eben zu Niedersachsen gehört.

Für die Neuhauser bedeutet das nun, dass rund 180 Quadratkilometer der Gemeindefläche wieder in den Fokus der Endlagersuche geraten. Hierbei handelt es sich um eine große Tonschicht, die sich über fast ganz Norddeutschland erstreckt. „Tatsächlich endet die nicht an der Elbe“, sagt Dagmar Dehmer.

Ein Atommüll-Endlager auf Neuhauser Gebiet bedeuten diese neuen Erkenntnisse natürlich noch nicht. Auch das stellte Andreas Gehrke bereits fest. Er führte hierbei schon immer an, dass die gesamte Gemeinde zum Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtal-aue gehöre. Viele Menschen können sich nicht vorstellen, dass ein Atommüll-Endlager in einem solchen Naturschutzgebiet platziert wird. Noch ist aber alles ergebnisoffen. Bis zum Jahr 2031 soll die Endlagersuche abgeschlossen sein. Bis dahin gibt es noch viele Konferenzen und Erkundungen möglicher Standorte, bis in letzter Instanz der Bundestag über das Endlager abstimmt.

Zum AKW-Rückbau gehört auch die Entsorgung des Atommülls

Zürich (awp) - Der Rückbau des abgeschalteten Atomkraftwerks Mühleberg ist für die BKW eine Mammutaufgabe. Die endgültige Stilllegung ist für den Berner Konzern das grösste Projekt seit dem Bau der Anlage.

Am 20. Dezember 2019 wurde das Kernkraftwerk Mühleberg nach 47 Betriebsjahren für immer abgeschaltet. 15 Jahre wird der Rückbau dauern. Erst 2034 rechnet BKW damit, dass das Gelände wieder genutzt werden kann. Kosten tut das Ganze der Gesellschaft fast 1 Milliarde Franken. Den Rückbau übernimmt das Unternehmen selbst: Die rund 300 Mitarbeiter, die für das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) arbeiteten, brechen es auch ab. Bei Bedarf werden zusätzlich noch Experten aus dem Ausland geholt, die bereits Erfahrungen mit dem Rückbau von AKW gesammelt haben. Während der Stilllegung entstehen laut der BKW rund 3000 Tonnen radioaktiver Abfall.

Unmengen fallen an

Auch wenn es für die anderen vier Schweizer AKW so weit noch nicht ist, für den laufend anfallenden Atommüll sind hierzulande die Betreiber verantwortlich. Sie müssen die abgebrannten Brennelemente sowie die radioaktiven Abfälle aus dem Betrieb, aus der späteren Stilllegung und aus dem Rückbau der Kernkraftwerke entsorgen.

In der Schweiz fallen täglich radioaktive Abfälle an - nicht nur bei der Stromproduktion und beim Rückbau, sondern auch in der Medizin, Industrie und Forschung. Nach Berechnungen des Bundesamts für Energie (BFE) dürfte bis 2075 ein Volumen von rund 90'000 Kubikmetern entstehen. Rund 90 Prozent davon sind "schwach- und mittelaktive Abfälle", und der grösste Teil davon fällt erst beim Rückbau der AKW an.

Die Abfälle müssen mehrere zehntausend bis zu einer Million Jahre sicher gelagert werden, bis sie für die Menschen und die Umwelt nicht mehr gefährlich sind. Bereits angefallener Müll ist derzeit noch in gesicherten Hallen an der Erdoberfläche untergebracht - bei den Kernkraftwerken und in zwei Zwischenlagern im Kanton Aargau.

Noch kein Endlager

Als mögliches Tiefenlager in der Erde werden derzeit drei Regionen - Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost - diskutiert. Die Standortsuche läuft bereits seit 2008 unter der Leitung des BFE. Bis 2031 soll der Standort feststehen.

Den Moment, wenn das Tiefenlager endgültig verschlossen wird, werden die jetzt Verantwortlichen selbst aber nicht mehr erleben. Nach den Plänen des BFE soll das Tiefenlager 2050 (Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle) und 2060 (Lager für hochaktive Abfälle) in Betrieb gehen. Rund 15 Jahre lang braucht es, die Abfälle einzulagern. Nach einer Beobachtungszeit von rund 50 Jahren ist der Verschluss des Gesamtlagers dann zwischen 2115 und 2126 geplant. Die Finanzierung ist im Kernenergiegesetz sowie in der Verordnung über den Stilllegungsfonds und den Entsorgungsfonds für Kernanlagen geregelt. In die zwei Fonds zahlen die Betreiber jährlich ein.

Der Branchenverband der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber Swissnuclear beziffert die voraussichtlichen Kosten für die Stilllegung und Entsorgung der fünf Anlagen mit 23,1 Milliarden Franken. Die Summe enthält den Angaben zufolge sämtliche Kosten von der Betriebsaufnahme der AKW über ihren vollständigen Rückbau und den Bau und Betrieb der geologischen Tiefenlager bis zum Ende der Überwachungsphase.

 recyclingportal.eu | 08.12.2021

 WEBLINK

Bilfinger arbeitet beim Rückbau von Kernkraftwerken mit Cyclife zusammen

Der Industriedienstleister Bilfinger mit der Einheit Bilfinger Noell GmbH (BNG) und die EDF (Électricité de France) – Tochtergesellschaft Cyclife SAS haben eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) unterzeichnet. Bilfinger plant, mit Cyclife beim Rückbau kerntechnischer Anlagen in verschiedenen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten.

„In den kommenden Jahren werden europaweit zahlreiche Kernkraftwerke zurückgebaut“, sagt Christina Johansson, Interim-CEO und CFO von Bilfinger. „Gemeinsam mit Cyclife können wir komplexe Leistungen aus einer Hand und über den gesamten Rückbauprozess erbringen – von den ersten Planungen über den Abbau vor Ort bis hin zur Entlassung aus dem Atomgesetz.“

Beabsichtigt ist eine Zusammenarbeit von Bilfinger und Cyclife zunächst beim Rückbau der sogenannten biologischen Schilde. Dabei handelt es sich um die etwa 2,5 Meter starken und bis zu 30 Meter hohen Betonhüllen, die den Reaktorbehälter umgeben. Für den Rückbau dieser Schilde werden allein in Deutschland und Schweden über 20 Projekte ausgeschrieben.

Christina Johansson: „Bilfinger ist seit Jahrzehnten ein erfahrener Partner für Kunden aus dem Energie- und Nuklearsektor und konnte bereits mehrere anspruchsvolle Rückbauprojekte erfolgreich umsetzen. Kombiniert mit der Engineering-Expertise von Cyclife und ihrer langjährigen Verwurzelung in Märkten wie Schweden und Frankreich können wir gemeinsam ein wichtiger Partner für den nuklearen Rückbau in ganz Europa sein.“

Perspektivisch soll die Kooperationsvereinbarung zwi-

schen den beiden Unternehmen den Grundstein für eine langfristige Zusammenarbeit auch in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz legen, wo zahlreiche Kernkraftwerke in den nächsten Jahren das Ende ihrer Lebensdauer erreichen. Bilfinger und Cyclife beabsichtigen, auch den Rückbau von Primärkreisläufen, Nebensystemen und Großkomponenten wie Dampferzeugern künftig gemeinsam zu planen und durchzuführen. Das Leistungsspektrum der beiden Unternehmen reicht dabei von Machbarkeitsstudien, Entwurfs- und Genehmigungsplanungen, Rückbau-, Nachbetriebs- und Ausführungsplanungen über die Lieferung der Gerätetechnik bis hin zur eigentlichen Umsetzung der Arbeiten vor Ort inklusive der Schulung des Personals sowie der Anfertigung der benötigten Dokumentationen zur Entlassung aus dem Atomgesetz.

Bilfinger ist seit Jahrzehnten im Rückbau von Kernkraftwerken und der Behandlung radioaktiver Abfälle tätig. So hat Bilfinger beispielsweise die Dampferzeuger im ehemaligen Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich demontiert. Vor kurzem hat das Unternehmen einen Auftrag der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erhalten. Dabei entwickelt und erprobt Bilfinger Spezialmaschinen, mit denen Tausende von Fässern mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen sicher aus dem Schacht Asse II geborgen werden können.